



Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

## Die neuen Gefahren von COVID-19 konsequent zurückdrängen

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Saarlandes

Tobias Hans

Staatskanzlei des Saarlandes

Saarbrücken, den 8. Januar 2021

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

---

Herr Präsident,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

erneut sind wir heute in einem Sonderplenum zusammengekommen, um über die Corona-Pandemie und unsere Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Pandemie zu debattieren. Und erneut müssen wir festhalten: Die Pandemie-Situation ist nach wie vor sehr ernst. Trotz begonnener Impfungen sind wir weit entfernt, Entwarnung geben zu können. Trotz des November- und des Dezember-Lockdowns ist das Infektionsgeschehen von ungebrochener Dynamik. Das neue Jahr, meine Damen und Herren, beginnt, wie das alte endete: Wir befinden uns nach wie vor in einer Pandemie-bedingten Ausnahmesituation.

Lassen Sie mich nichtsdestotrotz zu Beginn des Neuen Jahres die Hoffnung äußern, dass wir in diesem Jahr die Corona-Pandemie bewältigen können. In Rekordzeit von weniger als einem Jahr haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – unter anderem auch mit Unterstützung der Bundesregierung – gegen alle Erwartungen mehrere hochwirksame Impfstoffe entwickelt. Das ist, meine Damen und Herren, ein einzigartiger Jahrhundertfolg. Und das sollten wir an dieser Stelle auch entsprechend anerkennen und würdigen. Wir haben also durchaus Anlass, mit Zuversicht auf dieses neue Jahr 2021 zu blicken. Ich wünsche uns allen jedenfalls ganz in diesem Sinne ein erfolgreiches Jahr.

Dies ist jedoch noch ein langer, schwieriger Weg. Zwar deuteten die offiziell gemeldeten Neuinfektionen bis vor wenigen Tagen auf ein sich abschwächendes Infektionsgeschehen hin. Diese Zahlen – das sehen wir aktuell – waren jedoch nicht belastbar. Sie waren das Ergebnis einer geringeren Zahl von Testungen während der Weihnachtspause. So wurden zwischen dem 21. und dem 27. Dezember im Saarland 13.271 Testungen vorgenommen. In der Woche davor waren es noch 21.660. Das heißt: Wenn sich die Infektionszahlen in dieser Zeit spürbar verringerten, dann lag das wohl in erster Linie an der deutlich niedrigeren Zahl der Testungen. In den letzten Tagen wurden wieder deutlich mehr Neuinfektionen gemeldet.

Wir können das vergleichen mit der alljährlichen Weihnachtsschelle bei der Grippe. Schauen wir uns etwa die Kurve der ärztlichen Konsultationen wegen respiratorischer Infektionen über die Jahre an. Zu jedem Jahreswechsel bricht diese Kurve

massiv ein, um danach direkt wieder steil anzusteigen. Es scheint klar, dass dies ganz analog für die gemeldeten Corona-Fälle gilt.

Zudem werden wir erst in den kommenden Tagen erfahren, inwieweit die Lockerungen an Weihnachten oder die Zusammenkünfte an Silvester die Verbreitung des Virus weiter befördert haben. Zumindest haben unsere Ordnungskräfte in dieser Zeit vergleichsweise geringfügige Verstöße gegen unsere Corona-Auflagen festgestellt. Für diese Disziplin und Geduld danke ich den Saarländerinnen und Saarländern im Namen der Landesregierung sehr herzlich. Dennoch können wir einen erneuten Anstieg der gemeldeten Infektionen in den kommenden Tagen nicht ausschließen. Zudem ist die aktuelle 7-Tage-Inzidenz von um die 140 noch viel zu hoch, um Entwarnung zu geben. Wir müssen diese Inzidenz nachhaltig auf einen Wert von deutlich unter 50 absenken, um die Kontaktnachverfolgungen wieder gewährleisten zu können. Vorher werden wir keine Lockerungen in Aussicht stellen können.

Dies umso weniger, als uns auch die Zahl der Todesfälle zutiefst besorgt. Bundesweit liegen die täglichen Sterbezahlen derzeit über 1.000. Am 31. Oktober verzeichneten wir insgesamt 10.452 Todesfälle in Zusammenhang mit COVID-19. Am 31. Dezember waren es dann 33.541. Das heißt, alleine in November und Dezember sind deutschlandweit mehr als doppelt so viele an oder mit Corona gestorben als in all den Monaten zuvor zusammengenommen.

Beunruhigend ist auch die Entwicklung der Todesfälle bei uns im Saarland: Im Oktober wurden hier noch 17 Todesfälle gemeldet. Im November waren es dann bereits 93, im Dezember schließlich 178. Im November und Dezember sind also mit insgesamt 271 weitaus mehr Menschen an beziehungsweise mit Corona gestorben als in all den Monaten zuvor seit Beginn der Pandemie. Bis dahin waren es 194. Das sind so viele Menschen wie in einem kleinen Dorf leben. Und allein in den sieben Tagen seit Jahresbeginn sind wieder 76 COVID-19-Tote hinzugekommen. Das ist schon fast so viel wie im gesamten Monat November. Das ist bereits weit mehr als ein Drittel des gesamten Monats Dezember. Für mich ist das mehr als erschreckend, meine Damen und Herren.

Ich möchte das auch all denen ins Stammbuch schreiben, die bis vor kurzem noch sagten: Corona ist lange nicht so gefährlich wie die Influenza. Allein 2017/2018 seien über 25.000 Menschen an Influenza gestorben, und da habe man überhaupt keine Maßnahmen ergriffen. Jetzt nähern wir uns der Zahl von 40.000 Toten, die

wir aufgrund dieser Pandemie beklagen müssen – und das trotz äußerster Maßnahmen zur Eindämmung. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie viele Todesfälle es heute wären, hätten wir auf diese Stimmen gehört und wären wir tatenlos geblieben. Nein, meine Damen und Herren, COVID-19 ist eine schlimme tödliche Krankheit. Wer das immer noch nicht verstanden hat, wer das immer noch verharmlost oder leugnet, dem ist nicht mehr zu helfen.

Schließlich – und auch das muss uns alarmieren – ist die Zahl der stationär behandelten COVID-19-Patienten im Saarland von 149 am 1. November auf über das Doppelte bis Ende Dezember angestiegen. Der bisherige Höchststand lag am 22. Dezember bei 363 stationär behandelten. Die Zahl der intensiv behandelten COVID-19-Patienten ist von 32 am 1. November auf 82 am 29. Dezember angestiegen und hat sich damit fast verdreifacht. Zwar verfügen wir noch über freie Bettenkapazitäten, Engpässe drohen uns allerdings beim Personal, das längst an seiner Belastungsgrenze angelangt ist. Hier haben wir wahrlich keine Luft mehr nach oben.

Hinzu kommt die neue Variante des Corona-Virus namens B.1.1.7. Diese Mutation ist nach Modellrechnungen des "Centre for the Mathematical Modelling of Infectious Diseases" in London um mehr als 50 Prozent infektiöser als das bisherige Virus. Das heißt laut den Daten des Imperial College in London: Der R-Wert könnte sich um 0,4 bis 0,7 erhöhen. Die neue Variante hat sich von Südwestengland aus in rasender Geschwindigkeit in Großbritannien ausgebreitet und die Zahl der Neuinfektionen rapide in die Höhe getrieben. Und sie ist nachweislich auch bereits in Deutschland angekommen. Sie wurde bereits in Luxemburg nachgewiesen. Sie droht, die Pandemie-Situation erheblich zu verschärfen. Damit müssen wir rechnen, meine Damen und Herren. Dagegen müssen wir Vorsorge treffen. Alles andere wäre nicht zu verantworten.

Die Situation ist also deutschlandweit sehr ernst – auch wenn sie sich in einzelnen Bundesländern unterschiedlich darstellt. In Sachsen und Thüringen ist sie geradezu dramatisch. Hier gibt es Landkreise mit 7-Tage-Inzidenzen von annähernd 500. Bei uns im Saarland ist sie derzeit etwas besser als im Bundesschnitt. Aber all das, meine Damen und Herren, sagt gar nichts. Das kann sich ganz schnell ändern. Das wissen wir aus der Erfahrung der vergangenen Wochen und Monate. Bremen gehörte lange Zeit zu den Bundesländern mit der höchsten Inzidenz, heute

hat es die zweitniedrigste. Thüringen hatte zu Beginn der zweiten Welle noch eine der niedrigsten Inzidenzen. Heute hat es die zweithöchste.

Von daher bin ich froh, dass wir mehr und mehr zu einem bundesweit einheitlichen Vorgehen zusammenfinden. Ich habe das seit langem gefordert. Alle Landesregierungen sehen heute ein: Nur ein geschlossenes und konsequentes Vorgehen im Kampf gegen die Pandemie wird erfolgsversprechend sein.

Ganz in diesem Sinne haben am Dienstag die Regierungschefinnen und –chefs der Länder gemeinsam mit der Bundeskanzlerin getagt. Angesichts der nach wie vor sehr ernstesten Situation und in dem Bewusstsein, dass wir eine weitere Verschärfung unter allen Umständen verhindern müssen, waren wir uns einig: Wir müssen nicht nur den aktuellen Lockdown verlängern. Wir müssen vielmehr unsere Maßnahmen noch ein Stück weit verschärfen.

Am gestrigen Tage haben wir die Vereinbarungen im Länderkreis im Rahmen einer Rechtsverordnung in Landesrecht umgesetzt.

Grundsätzlich gelten demnach alle Regelungen des Dezember-Lockdowns fort. Darüber hinaus gilt für die persönlichen Kontakte: Private Zusammenkünfte werden nur im Kreis der Angehörigen des eigenen Haushaltes sowie mit einer zusätzlichen Person gestattet sein.

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist es, die persönlichen Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren. Die 1-Personen-Regelung soll dabei sicherstellen, dass alleinstehende Menschen in dieser Situation nicht vereinsamen. Deshalb gilt immer: Ein Haushalt plus eine weitere Person. Dabei spielt es aber keine Rolle, wer wen besucht. Sprich: Die Angehörigen eines Haushaltes können entweder die alleinstehende Person besuchen, oder die alleinstehende Person kommt in den bestehenden Haushalt.

Wie schon im Frühjahr so ist es uns auch jetzt bei diesen Regeln wichtig, Härtefallregelungen zu treffen, so dass auf zwingende persönliche Gründe eingegangen werden kann.

Zulässig ist darüber hinaus auch die Beaufsichtigung von Kindern unter 14 Jahren in festen, familiär oder nachbarlich organisierten Betreuungsgemeinschaften. Dies jedoch nur dann, wenn sie Kinder aus höchstens zwei Hausständen umfassen. Und der Kreis der Betreuenden und der Kinder muss durchgehend gleich sein. Wenn beispielsweise zwei Elternteile einer beruflichen Präsenzpflicht unterliegen, kann

die Nachbarin neben ihren eigenen Kindern die der präsenzpflichtigen Eltern übernehmen – allerdings nur diese und nicht wechselweise ein anderer Nachbar.

Meine Damen und Herren, die Regelung ein Hausstand plus höchstens eine weitere Person ist hart. Dessen sind wir uns bewusst. Aber hätten wir mehrere Personen für private Zusammenkünfte zugelassen, wäre dies keine zusätzliche Minimierung gewesen. Diese ist in der jetzigen Situation aber unerlässlich.

Das Helmholtz Institut hat errechnet, dass die bisherigen Maßnahmen zu einer Kontaktreduzierung von 40 Prozent geführt haben. Das reicht definitiv nicht aus. Vor allem in dieser Jahreszeit nicht, in der aufgrund niedriger Temperaturen sich das Virus auch im Freien schneller verbreitet und in der obendrein die meisten Kontakte in geschlossenen Räumen stattfinden. Das heißt, das saisonal bedingt unterschiedliche Verhalten der Menschen erfordert auch unterschiedliche Maßnahmen.

In Umsetzung des MPK-Beschlusses gelten auch besondere Regelungen für Landkreise mit einem besonders hohen Ausbruchsgeschehen, also mit einer 7-Tages-Inzidenz von 200 und mehr, die dann länger als 3 Tage andauert. Hier werden tagestouristische Ausflüge der Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises untersagt, wenn dazu ein Ort mehr als 15 km vom Wohnort entfernt aufgesucht werden soll.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit diesen Regelungen eines ganz klar verdeutlichen: Wir müssen unsere Kontakte massiv einschränken. Es führt kein Weg vorbei an der klaren Botschaft: Treffen Sie sich, wenn immer möglich, nur mit den Menschen Ihres Haushalts! Empfangen Sie am besten gar keinen Besuch!

Auch Schülerinnen und Schüler sind aktiver Teil des Infektionsgeschehens. Das hat die nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina glasklar im November des letzten Jahres nachgewiesen, und zwar nicht weniger als Erwachsene. Von daher werden die Schulen definitiv im Januar nicht mehr zum regulären Präsenzunterricht zurückkehren. Im Rahmen der nächsten MPK wird im Lichte verlässlicherer Zahlen über den Stufenplan der Bildungsministerinnen und -minister beraten, wie die Schulen nach einem Stufenplan sukzessive wieder geöffnet werden können.

Allerdings machen wir ab der kommenden Woche für Abiturklassen der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen hiervon Ausnahmen. Wir haben uns dazu entschlossen,

weil eine angemessene, eine optimale Vorbereitung auf die Abiturprüfung nach unserer Auffassung nicht anders möglich ist. Dies ist vom MPK Beschluss gedeckt. Wir wollen alles vermeiden, was für unsere Schülerinnen und Schülern in welcher Weise auch immer von Schaden sein kann. Die Abiturientinnen und Abiturienten sollen bestmöglich auf ihre Prüfungen vorbereitet sein. Zudem schließen wir uns hier mit Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zusammen. In gleicher Weise werden wir zeitnah mit den Abschlussjahrgängen anderer Schulformen verfahren.

Weiterhin appellieren wir auch, dass Eltern nicht von der Betreuung in den Kindertageseinrichtungen Gebrauch machen. Eltern werden 2021 jeweils 10 zusätzliche Tage Kinderkrankengeld erhalten, Alleinerziehende 20 Tage. Dieser Anspruch gilt ausdrücklich auch für die Betreuung zu Hause aufgrund der Pandemie-bedingten Schul- und Kitaschließungen.

Meine Damen und Herren, wir sind uns bewusst, welchen Belastungen Eltern mit jüngeren Kindern in diesem Lockdown erneut ausgesetzt sind. Das hat uns bewogen, ein weiteres Signal zur Entlastung zu setzen: Wir werden als Land die Kita-gebühren und die Gebühren für die freiwilligen Ganztagschulen für die Zeit vom 10. bis zum 31. Januar übernehmen. Wir wollen damit die Eltern unterstützen, die bewusst darauf verzichten, ihre Kinder in die entsprechenden Einrichtungen zur Betreuung zu geben.

Alten- und Pflegeheime werden wir noch stärker schützen. Die Einrichtungen müssen dafür sorgen, dass das Personal mehrmals pro Woche verpflichtend getestet wird. In Regionen mit erhöhter Inzidenz gilt dies auch für Besucherinnen und Besucher. Darüber hinaus bemühen sich Bund und Länder um Freiwillige, die in den Heimen bei den Testungen mithelfen.

Angesichts der neuen Variante von SARS-CoV-2 werden wir auch die Kontrollen zur Einhaltung der geltenden Einreisebestimmungen intensivieren. Für Länder, in denen solche Mutationen auftreten wie etwa Großbritannien oder Südafrika wird der Bund weitere, zusätzliche Regeln ausarbeiten.

Gleichzeitig wird die zehntägige Quarantäne-Pflicht bei der Einreise aus Risikogebieten um eine Test-Pflicht bei der Einreise erweitert. Mit einem zweiten negativen Test nach dem fünften Quarantäne-Tag kann diese weiterhin verkürzt werden.

Geschlossen werden auch Betriebskantinen und Mensen, wobei das Abholen von Essen erlaubt bleibt. Wir haben aber auch hier Ausnahmen festgelegt: Betriebskantinen und Mensen können zum Verzehr geöffnet bleiben, wenn der Verzehr mitnahmefähiger Speisen an anderer Stelle nicht zumutbar ist. Und: Betriebskantinen in Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen können geöffnet bleiben, wenn die Arbeitsabläufe im Betrieb eine Schließung nicht zulassen.

All diese Regeln gelten wie bei uns üblich für zwei Wochen, also bis zum 24. Januar. Wir sind uns aber einig, dass wir sie dann mindestens bis Ende Januar verlängern werden.

Meine Damen und Herren, lange Zeit hatten wir im vergangenen Jahr gehofft, einen erneuten harten Lockdown vermeiden zu können. Aber Corona ist trotz aller wissenschaftlicher Fortschritte bei der Erforschung des Virus immer noch eine in weiten Teilen unbekannte Größe. Viele hätten noch im September niemals gedacht, dass die Infektiosität von Corona im Winter in dieser Schärfe zunimmt. Diese Erfahrung aber lehrt uns nun: Die Eindämmung des Infektionsgeschehens, die im Frühjahr letzten Jahres mit unseren harten Maßnahmen noch relativ schnell gelungen ist, sie wird in den kommenden Wochen sehr viel schwieriger sein. Von daher gilt umso mehr mein Appell an alle Saarländerinnen und Saarländer: Suchen Sie bitte nicht nach Schlupflöchern in unseren aktuellen Regelungen! Reduzieren Sie freiwillig Ihre Kontakte auf ein absolutes Minimum! Bleiben Sie, wenn es irgend geht, zu Hause! Ich möchte keine Regelungen erlassen, die noch härter sind als die jetzigen. Ich möchte keine Ausgehverbote wie etwa bei unserem Nachbarn Frankreich oder andernorts. Ich möchte so wenig staatlichen Zwang wie möglich.

Schließlich, meine Damen und Herren, konnten wir in den letzten Tagen auch ein neues Kapitel aufschlagen in unserem Kampf gegen die Corona-Pandemie. Nachdem wir lange Zeit nur rein defensiv mit Kontaktreduzierungen agieren konnten, können wir mit den nun verfügbaren Impfstoffen endlich auch in die Offensive gehen. Nach dem Impfstoff von Biontech-Pfizer ist vorgestern von der EMA das Vakzin von Moderna freigegeben worden. Ich bin mir sicher: Das ist zwar längst noch nicht das Ende der Pandemie. Aber es ist ein entscheidender Wendepunkt in unserem Kampf gegen die Pandemie.

Die Massenimpfungen, die wir nun gestartet haben, sind ein einzigartiger Kraftakt, sie sind von einer Dimension, wie wir sie bisher nie erlebt haben in der Geschichte



der Bundesrepublik, ja in der Geschichte Europas. Dass es da an der einen oder anderen Stelle auch mal hakt, wer, meine Damen und Herren, konnte etwas anderes erwarten?

Vor allem möchte ich die Beschaffung der Vakzine verteidigen. Hier ist manche Kritik einfach unseriös.

Da wird zum Beispiel kritisiert, dass die Besorgung der Impfstoffe von der EU gemanagt wurde. Dies wird verbunden mit dem Vorwurf, Frankreich habe sich durchgesetzt und das Unternehmen Sanofi eindeutig dem deutsch-amerikanischen Unternehmen Biontech-Pfizer bevorzugt. Dies hätte schließlich dazu geführt, dass wir nun über viel zu wenig Impfstoffe verfügen, um zügig die Bevölkerung durchimpfen zu können. Das, meine Damen und Herren, grenzt schon fast an jene Verschwörungstheorien, wie wir sie vielfach in den letzten Wochen und Monaten zu Recht beklagt haben.

Tatsache ist erstens: Die Besorgung und Verteilung der Impfstoffe durch die EU hatte einen guten Grund. Was wäre gewesen, wenn sich nun 27 Staaten jeder für sich alleine um die Sicherung von Impfstoffen gestritten hätten wie die Geier um das Aas. Es hätte ein gegenseitiger Überbietungswettbewerb stattgefunden. Manche Länder hätten sich weitaus mehr Impfdosen verschafft, als sie gebraucht hätten – siehe etwa das Beispiel Kanada. Andere wären möglicherweise leer ausgegangen. Das hätte Neid, Zwist und Unfrieden innerhalb der EU geschürt in einer Zeit, in der die Gräben wahrlich schon tief genug sind. Wäre das in unserem deutschen Interesse gewesen? Wahrhaftig nicht!

Tatsache ist zweitens: Die EU-Kommission hat sich frühzeitig Bezugsrechte für knapp 2 Milliarden Impfdosen gesichert – also sehr viel mehr als notwendig für die Impfung der gesamten EU-Bevölkerung. Hierbei hat sie Verträge mit sechs Unternehmen abgeschlossen, und zwar bis zu 405 Millionen Dosen des Tübinger Herstellers Curevac, je 400 Millionen vom britisch-schwedischen Unternehmen Astra-Zeneca und vom amerikanischen Hersteller Johnson & Johnson, je bis zu 300 Millionen Dosen von Biontech/Pfizer und vom französischen Unternehmen Sanofi-GSK sowie 160 Millionen Dosen von Moderna, USA.

Zu dem Zeitpunkt, als diese Verträge geschlossen wurden, war längst noch nicht klar, welche Unternehmen die Nase vorn haben würden und welche Impfstoffe

überhaupt jemals zugelassen würden. Von daher war es klug und richtig, das Risiko zu streuen und nicht einseitig auf bestimmte Impfstoffe zu setzen. Und nebenbei sei gesagt: Bei deutschen Unternehmen wurden insgesamt über 700 Millionen Dosen gesichert, bei Sanofi 300 – nur so viel zum Thema Übervorteilung.

Tatsache ist drittens: Die Bundesregierung bezieht ihre Impfstoffe nicht ausschließlich über die EU. So hat sie zusätzlich bei Biontech 30 Millionen Impfdosen gekauft, was ihr auch prompt von Seiten Italiens den Vorwurf der Vertragsverletzung eingebracht hat. Was allerdings nicht korrekt ist, da sich die Vereinbarung in der EU nur auf eine Einkaufsrunde bezog, die jedoch bereits abgeschlossen war.

Tatsache ist viertens: Natürlich ist die Zahl der Impfdosen, die uns zur Verfügung stehen, derzeit noch begrenzt. Das liegt aber nicht daran, dass zu wenig bestellt wurden. Das liegt vielmehr daran, dass die Produktionskapazitäten begrenzt sind. Wir hätten also bei Biontech das Doppelte an Impfdosen bestellen können, wir hätten jetzt keine einzige Dosis mehr zur Verfügung. Deswegen unterstützt die Bundesregierung schließlich auch das Unternehmen Biontech bei dem Ansinnen, seine Produktionskapazitäten auszuweiten.

Und Tatsache ist fünftens: Deutschland hat sich für dieses Jahr bereits heute ausreichend Impfdosen gesichert. In Zahlen: Allein von Biontech und von Moderna erhalten wir insgesamt 136,3 Millionen Dosen. Damit lassen sich rechnerisch 68,2 Millionen Bürger impfen – bei 83 Millionen Einwohnern in Deutschland insgesamt. Ziehen wir diejenigen ab, die sich nicht impfen lassen wollen und zudem noch die Kinder – die Ständige Impfkommission empfiehlt, Kinder bis 16 Jahren ebenso wie Schwangere nicht zu impfen – dann dürfte das also hinreichend sein.

Meine Damen und Herren, manch einer würde jetzt das Beispiel Großbritannien anführen, das im Alleingang schon früher mit den Impfungen begonnen hat. Großbritannien hat das aber auf der Basis einer Notfallzulassung getan. Ich finde es richtig, dass die Europäische Arzneimittelagentur hier höhere Ansprüche an eine Zulassung gestellt und damit auch das Vakzin sehr viel sorgfältiger geprüft hat. Man stelle sich vor, ein nicht hinreichend getesteter Impfstoff hätte größere Folgeschäden bei Geimpften verursacht. Wieviel Vertrauen hätte das zerstört? Das wäre Wasser auf die Mühlen der Corona-Skeptiker und Verschwörungstheoretiker gewesen. Und unsere Strategie, die Corona-Pandemie anhand breitflächiger Impfungen zu bekämpfen, wäre mit einem Mal gescheitert gewesen.

Bundesweit haben wir als Saarland einen guten Start hingelegt. Insgesamt wurden im Saarland bis Stand gestern über 6.500 Personen geimpft. Allein für die Impfzentren wurden über 17.000 Termine vergeben, davon über 14.000 an über-80-Jährige und knapp 3.000 an Personal im Gesundheits- und Pflegebereich. Hinzu kommen etwa 15.000 Impfungen durch mobile Teams. Mit einer Impfquote von 0,66 liegen wir weit über dem Bundesschnitt von 0,5. Damit befinden wir uns im oberen Drittel aller Bundesländer.

Auch haben bei uns bereits am 27. Dezember die mobilen Teams in den Pflegeheimen und am 28. Dezember die Impfzentren ihre Arbeit aufgenommen. Lediglich in Berlin und in Baden-Württemberg wurden die Impfzentren ebenfalls bereits im Dezember geöffnet. Alle anderen Bundesländer folgen später, teilweise sogar erst in der zweiten Januarhälfte.

Es besteht natürlich nach wie vor ein großer Ansturm auf unsere Telefonhotline zur Impfanmeldung. Wir haben aber das hier eingesetzte Personal auf 120 aufgestockt. Zudem haben wir eine Impfliste eingerichtet für diejenigen, die nicht sofort einen Impftermin erhalten. Die Betroffenen werden dann benachrichtigt, wenn eine Impfung ansteht.

Auch werden wir in den Covid-19 Schwerpunktkliniken spezielle Impfangebote machen, so dass die Impfungen des medizinischen Personals unmittelbar vor Ort durchgeführt werden können. Ich bin mir sicher, der Impfbetrieb wird sich in den kommenden Tagen weiter beschleunigen.

Meine Damen und Herren, es stimmt, in den ersten Tagen hat es gehakt mit der Software und mit unserer Hotline. Aber wer behauptet, ein solch gigantisches Impfprogramm könnte man ins Werk setzen ganz ohne anfängliche Reibungen, der macht Ihnen was vor. Tatsache ist: Wir gehörten zu den ersten, die überhaupt eine online-Anmeldung ermöglichten. Wir gehörten auch zu den ersten, die den Impfbetrieb in den Impfzentren aufgenommen haben. Und wir sind die ersten, die eine Impfliste erstellt haben. Wir sollten all denen dankbar sein, die dies an den betreffenden Schaltstellen geleistet haben. Sie haben Besseres verdient, als nun geschmäht zu werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in der jetzigen Phase haben wir zwei Optionen. Die eine ist: Wir können uns wie im ausgehenden Sommer vorsichtig immer wieder an die bestehende Infektionslage herantasten und im Zweifel immer

die mildeste Variante unseres Maßnahmenkatalogs wählen. Dafür spricht natürlich das Gebot der Verhältnismäßigkeit, wenn wir Grundrechte einschränken.

Die andere ist: Wir können zur härteren Variante strenger Kontaktbeschränkungen greifen, so wie wir es beim ersten Lockdown getan haben. Damals konnten wir das rechtfertigen mit der Ungewissheit der weiteren Pandemie-Entwicklung. Sie veranlasste uns damals, die Notbremse zu ziehen und das gesellschaftliche Geschehen mit einem Male runterzufahren. Und das hat damals gewirkt.

Heute, zu Beginn des Jahres 2021, befinden wir uns in einer ähnlichen Situation wie damals. Der große Unsicherheitsfaktor ist diesmal die neue Variante von SARS-Cov-2. Wir können nicht ausschließen, dass diese Variante das Infektionsgeschehen massiv beschleunigt. Die Erfahrungen aus Großbritannien und bisherige wissenschaftliche Erkenntnisse legen dies zumindest nahe. Und das hieße sehr viel mehr intensiv zu behandelnde COVID-19-Patienten. Das hieße ein vollkommen überlastetes Gesundheitssystem. Und das hieße sehr viel mehr Todesfälle in den kommenden Wochen. Dies, meine Damen und Herren, können wir nicht verantworten. Aus diesem Grund müssen wir nun erneut konsequent und durchgreifend handeln.

Wir wissen, was das für die Menschen bedeutet, welche Belastungen wir ihnen damit abermals auferlegen. Wir wissen aber auch: Je härter wir nun eingreifen, je mehr wir die Impfungen forcieren, desto schneller eröffnet sich uns wieder der Weg in die Normalität, die wir uns alle so sehr herbeisehnen.

Ich bin bei allen schweren Wochen, die noch vor uns liegen, optimistisch, dass wir dies in diesem Jahr erreichen werden. Helfen Sie weiterhin alle mit! Dann wird es genauso kommen.